

Keine Banknoten mehr für Mugabes Armee

Die erfolgreiche Kampagne gegen eine Münchner Notenpapierdruckerei trifft das Mugabe-Regime in Zimbabwe an einer empfindlichen Stelle.

Von Barbara Müller*

In seinem Halbjahresbericht vom Juli 2008 jammert Guideon Gono, der Gouverneur der zimbabwischen Notenbank, über die Auswirkungen der von einigen Ländern gegen sein Land verhängten Sanktionen. Dabei nennt er an erster Stelle den Fall der deutschen Druckerei Giesecke&Devrient, die der zimbabwischen Regierung am 2. Juli schriftlich mitteilte, dass sie sich »aus politischen Gründen« gezwungen sehe, die über 50 Jahre andauernden Geschäftsbeziehungen zu Rhodesien bzw. Zimbabwe einseitig aufzukündigen.

Was war geschehen? Am 27. Juni, dem Tag, an dem in Zimbabwe die von der ganzen Welt als Farce angeprangerte Stichwahl für die Präsidentschaft stattfand, übergab eine Gruppe von MenschenrechtsaktivistInnen den Verantwortlichen des renommierten Münchner Druckereiunternehmens Giesecke&Devrient ein von sechs deutschen und internationalen Organisationen unterzeichnetes Schreiben. Dieses forderte, jegliche Geschäfte mit der unrechtmässigen Regierung Zimbabwes sofort einzustellen. Am gleichen Tag bat auch die deutsche Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul in einem Brief die Firma um Einstellung ihrer Lieferungen nach Harare. Zwei Tage später doppelte Bundesausserminister Steinmeier mit einem Telefonanruf nach. Zusammen mit der breiten Medienberichterstattung bewirkte dies, dass G&D noch am gleichen Tag bekannt gab, die Lieferungen würden eingestellt.

Intensive Kampagnenarbeit

Die Intervention der deutschen Bundesregierung war das Resultat einer intensiven Kampagnenarbeit durch deutsche und auch schweizerische AktivistInnen der Solidaritätsbewegung. Auf erste Anfragen erklärte die Regierung, sie besitze keine Handhabe für Massnahmen, da keine international verbindlichen Wirtschaftssanktionen gegen Zimbabwe verhängt worden seien und man die Handelsfreiheit zu respektieren habe. Auch das amerikanische Aussenministerium hatte übrigens eine Stellungnahme bei Giesecke&Devrient erwogen, sich aber aufgrund der Bedeutung der Firma für die amerikanische Notenbank dagegen entschieden.

Mit dem Erfolg der Kampagne wurde das Regime von Robert Mugabe an einer empfindlichen Stelle getroffen. Seit Jahren finanziert dieses seinen Sicherheitsapparat nämlich über die Notenpresse. Die Inflation stieg dadurch auf astronomische Höhen. Aufgrund der galoppierenden Entwertung musste die Geldmenge laufend vergrössert und das Notengeld aufgestockt werden. Gemäss einem Bericht der ‚Sunday Times‘ vom 2. März 2008 landeten schon damals jede Woche Flugzeuge mit Banknotenpapier aus München im Nominalwert von jeweils 500 Milliarden Euro auf dem Flugplatz von Harare. Ein durchaus lukratives Geschäft für die zweitgrösste Notenpresse der Welt!

In seinem Bericht von Anfang Juli kündigte Gouverneur Gono eine Geldreform an: 10 Nullen sollten gestrichen werden und neue Geldscheine auf den Markt kommen. Die neuen Geldscheine, die bis Ende Januar 2009 parallel zu den alten 100-Milliarden-Scheinen in Umlauf sind, tragen das Ausgabejahr 2007 – anscheinend waren sie auf Vorrat gedruckt wurden. Die grössere Geldmenge entspannte die Situation auf dem Geldmarkt – jedenfalls vorübergehend. Angesichts der ungebrochen steigenden Inflation, die Ende August 11 Millionen Prozent betrug, werden die neuen Scheine indessen keine Lösung bringen, sondern bald obsolet und wertlos sein.

Unterstützung für Boykott

Für die geplagte Bevölkerung bedeutet die Geldentwertung Unbill verschiedener Art. Während die Löhne, wenn überhaupt, erst mit grosser Verspätung angeglichen werden, schlägt sich die Teuerung auf den zum Leben notwendigen Preisen sofort nieder, vor allem auf den Benzin- und damit auf den Transportpreisen. Nicht selten fressen die Kosten für den Arbeitsweg den gesamten Lohn auf. Wer Geld auf ein Lohnkonto erhält, kann dieses wegen des Mangels an Banknoten nur in kleinen Tranchen abheben. Gleichzeitig verliert das Geld mit jedem Tag, den es liegen bleibt, an Wert.

Trotzdem sind zahlreiche ZimbabwerInnen der Meinung, dass der Boykott eine gute Sache ist. So äusserten sich jedenfalls die von mir Ende Juli / Anfang August Befragten. »Wir leiden ohnehin«, bedeutete mir ein junger Mann. »Wichtig ist, dass die Mächtigen es zu spüren bekommen – und das ist bei der Notenpresse der Fall! Wie wollen sie jetzt die Armee bezahlen?« Ein NGO-Vertreter meinte gar, dass Mugabe ohne Sanktionen niemals in Verhandlungen um eine Regierungsbeteiligung der Opposition eingewilligt hätte.

* Barbara Müller ist Geschäftsführerin des FEPA und Mitglied des AFP-Vorstands

Kasten

Kontosperren gegen Mugabes Clan

Die Schweiz hat weitere 37 Personen und vier Unternehmen aus dem Machtapparat von Robert Mugabe auf die schwarze Liste gesetzt, deren Konten gesperrt werden und die nicht in die Schweiz einreisen dürfen. Sie hat damit entsprechende Sanktionen der EU übernommen. In der Schweiz sind gegenwärtig 547'000 US-Dollar auf zwei Konten aus Zimbabwe gesperrt.